



## Beantwortung

### **der überparteilichen Motion 20150084, Lena Frank, Grüne, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Mitgliedschaft der Stadt Biel in der internationalen Kampagne gegen die Todesstrafe"**

Die überparteiliche Motion verlangt, dass 1) die Stadt Biel sich an die internationale Kampagne gegen die Todesstrafe der Gemeinschaft Sant'Egidio "Städte gegen die Todesstrafe" anschliesst und 2) dass sie den 30. November zum Tag "Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe" erklärt. Um dies gegen aussen sichtbar zu machen wird verlangt, dass jeweils am 30. November ein Gebäude oder ein Denkmal beleuchtet wird.

### **Stellungnahme des Gemeinderates**

Der Gemeinderat kann sich dem Grundanliegen der Motion, sich gegen die Todesstrafe zu engagieren, selbstredend anschliessen. Er weist aber aus grundsätzlich-formellen Überlegungen und im Interesse einer konsequenten Einhaltung der Zuständigkeitsbereiche von Legislative und Exekutive darauf hin, dass der vorliegende Vorstoss einen Auftrag zum Gegenstand hat, welcher ganz offensichtlich keinen Zusammenhang mit städtischen Angelegenheiten hat. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass Entscheide über den Beitritt zu Organisationen mit politischen oder gemeinnützigen Zielen dem Thema "Aussenpolitik" zuzuordnen sind, für welches der Gemeinderat abschliessend zuständig ist. Denn alle Entscheide, welche nicht durch Gesetze oder Reglemente explizit einem andern Organ übertragen sind, fallen gemäss Art. 25 des kantonalen Gemeindegesetzes bzw. Art. 50 der Stadtordnung in den alleinigen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates und sind somit nicht motionsfähig. Im Übrigen beträgt der Mitgliederbeitrag für den Beitritt zur Bewegung "Städte gegen die Todesstrafe" 100 € pro Jahr und liegt somit ebenfalls in der alleinigen Finanzkompetenz des Gemeinderates.

Der Gemeinderat weist an dieser Stelle darauf hin, dass es dem Stadtrat indessen unbenommen bleibt, sich in eigener Kompetenz der Kampagne gegen die Todesstrafe anzuschliessen.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt aus den genannten Gründen, die vorliegende Motion als ungültig vom Protokoll des Stadtrates abzuschreiben.

Biel, 24. Juni 2015

### **Namens des Gemeinderates**

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:  
Motion 20150084

Vorstoss Nr./Interv. no: 150084  
Termin: W/Ordnung: 5.8.15  
Direktion/Delegation: PRA  
Mitbericht/Corapport: \_\_\_\_\_

**Überparteiliche Motion**

**Mitgliedschaft der Stadt Biel in der internationalen Kampagne gegen die Todesstrafe**

1. Die Stadt Biel hält sich an die internationale Kampagne gegen die Todesstrafe der Gemeinschaft Sant'Egidio "Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe"
2. Die Stadt Biel erklärt den 30. November zum Tag "Städte für das Leben - Stadt gegen die Todesstrafe" Um den Widerstand gegen die Todesstrafe zu manifestieren, wird am 30. November ein Gebäude oder Denkmal beleuchtet.

**Begründung**

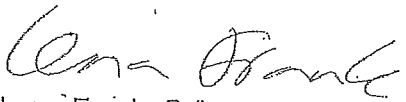
Die Gemeinschaft Sant'Egidio ist eine Laienbewegung mit mehr als 50.000 Mitglieder, aus Umkreisen der katholischen Kirche. Sie ist Teil der globalen Koalition gegen die Todesstrafe und gründete das Gemeindefnetzwerk "Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe" Dieses Netzwerk appelliert weltweit an Städte, jährlich am 30. November ein Gebäude oder ein Denkmal zu beleuchten, um ihren Widerstand gegen die Todesstrafe zu manifestieren.


Die Todesstrafe ist eine unmenschliche Praxis und verhindert kein einziges Delikt. Wissenschaftliche Studien liefern keine Hinweise, dass die Todesstrafe eine abschreckende Wirkung hat. Gerichtliche Fehler und Fehleinschätzungen können nie völlig ausgeschlossen werden. Wenn ein Todesurteil ausgesprochen wird, gibt es kein Zurück mehr. Seit 1973 wurden in den USA 123 zum Tode verurteilte Menschen freigesprochen, nachdem Beweise für ihre Unschuld gefunden wurden (Stand April 2007). Die Todesstrafe wird in diskriminierender Weise gegen arme Leute oder Menschen mit Zugehörigkeit einer Minderheit verwendet.

Heute nach den Ereignissen in Syrien und dem Irak und Terroranschlägen in Europa kann die Wiedereinführung der Todesstrafe in Ländern, die sie abgeschafft oder ein Moratorium für Hinrichtungen erlassen haben, wieder geltend gemacht werden. In Frankreich zum Beispiel, ruft der Front National zu einem Referendum für die Wiedereinführung der Todesstrafe auf.

Alle politischen Gemeinden mit eigenen Vertretungsorganen sind aufgerufen, zusammen zu arbeiten, um die Achtung vor dem Leben und der Menschenwürde zu erhöhen, indem sie an der Kampagne "Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe" teilnehmen.

Biel den 26.2.2015

  
Lena Frank, Grüne

  
Ruth Tennenbaum, Passarelle

